

„Anreize für die Balkan-Flüchtlinge reduzieren“ Innenminister Reinhold Gall will Asylbewerber ohne

Anerkennungschance nicht mehr auf die Kommunen verteilen

Karlsruhe. Der baden-württembergische Innenminister Reinhold Gall (SPD) ist in seiner Freizeit nicht nur ein begeisterter Feuerwehrmann, sondern steht auch gerne am Herd. Zu seinen neuesten Kreationen zählt Seebarschfilet mit Bärlauchspaghetti. Beruflich muss sich Gall im Moment intensiv mit dem Flüchtlingsthema auseinandersetzen, obwohl die direkte Zuständigkeit im Kabinett dafür bei seiner Parteikollegin Bilkey Öney liegt. Mit Gall sprachen unsere Redaktionsmitglieder Elvira Weisenburger, Marius Bücher und Rainer Haendle.

Der starke Anstieg der Flüchtlingszahlen hat sich zum politischen Dauerbrenner entwickelt. Brauchen wir schnellere Verfahren?

Gall: Ja, doch damit alleine lösen wir das Problem nicht. Wir müssen auch die Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern betrachten und uns die Frage nach der Logistik bei der Rückführung stellen. Dazu bedarf es auch der Bereitschaft der Herkunftsländer, die nicht überall vorhanden ist.

Eigentlich sollten doch Flüchtlinge aus den sicheren Herkunftsländern wie Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina nach vier Wochen zurückgeschickt werden, hieß es zumindest bei der Asylrechtsreform im vergangenen Jahr. Warum klappt das nicht?

Gall: Weil niemand mit diesem Anstieg der Zahlen gerechnet hat und das Handling noch nicht klappt. Der Bund will 2000 zusätzliche Beamte für die Verfahrensbearbeitung einsetzen, von denen bislang aber nur wenig angekommen sind. Deshalb sah ich mich jetzt auch wieder genötigt, mit Polizeikräften bei der Erstaufnahme in Karlsruhe auszuweichen. Wir fragen im Moment in der Landesverwaltung bei allen Pensionären nach, ob sie uns nicht zeitweise ausweichen können.

Sollten weitere Balkanstaaten wie Albanien zu sicheren Drittstaaten erklärt werden?

Gall: Ich bin dafür. Unser Asylrecht fußt auf der politischen Verfolgung. Nach meiner Erkenntnis kann man davon in den Staaten des West-Balkan nicht reden. Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, dass die Lebensbedingungen für die Menschen dort teilweise schlecht bis katastrophal sind. Aber daraus ergibt sich kein Recht auf Asyl bei uns. Dies müssen wir auch auf dem Balkan deutlich machen.

Glauben Sie, dass die Grünen als Ihre Koalitionspartner den II

Gall: Wir haben überhaupt keine Zeit mehr für Überlegungen, wer aus diesem Thema politischen Gewinn schlagen könnte. Wir müssen eine Krisensituation bewältigen und deshalb rein sachliche Entscheidungen treffen. Dazu zählt auch die Frage, wie wir die Lebenssituation in diesen sicheren Herkunftsländern verbessern können, damit der Exodus in unser Anreizsystem nicht mehr stattfindet. Das ist aber auch nicht einfach: Wenn wir dafür sorgen, dass dort jemand monatlich 200 Euro verdient, ist unser Taschengeld in den Sammelunterkünften von 143 Euro pro Person auf eine Familie hochgerechnet immer noch viel mehr Geld.

BNN-Interview

Sie haben sich ja für eine Kürzung des Taschengelds ausgesprochen. Was macht die rechtliche Überprüfung?

Gall: Trotz unterschiedlicher Rechtsprechung gehe ich davon aus, dass man das Taschengeld kürzen kann. Dies müssen aber alle Bundesländer gemeinsam tun. Wir dürfen nicht in einen Wettbewerb eintreten mit dem Motto „Wer kürzt am meisten“.

Sie wollen auf jeden Fall die Anreize reduzieren?

Gall: Man muss die Anreize reduzieren, wobei ich dabei ausdrücklich über die Flüchtlinge ohne Anerkennungschance spreche ...

... also über die Flüchtlinge aus dem West-Balkan.

Gall: Genau. Eine Zuwanderung nach Deutschland nur zur Verbesserung der eigenen Lebensperspektiven geht nicht. Bürgerkriegsflüchtlinge dagegen müssen wir aufnehmen. Aus humanitären Gründen ebenso wie aus den leidvollen Erfahrungen, die wir Deutschen in der Vergangenheit gemacht haben.

Begleitscheinung der großen

Flüchtlingslager in Karlsruhe ist eine steigende Kriminalität. Einbrüche in Kleingärten, Diebstähle in Lebensmittelgeschäften oder Autoaufbrüche beunruhigen die Bevölkerung. Wie wollen Sie da gegensteuern?

Gall: Wir nehmen diese Vorfälle ernst und wollen nichts vertuschen. Zwar sind Fälle von schwerer Gewaltkriminalität bislang die Ausnahme, aber die Delikte wie Ladendiebstähle nehmen ganz klar zu. Darauf müssen wir reagieren. Deshalb unterstützen wir beispielsweise mit 100 Beamten des Einsatzpräsidiums die

Flüchtlinge müssen gerechter verteilt werden

wurden dauerhafte Polizeiwachen eingerichtet, um jedem klarzumachen, dass hier unser Rechtsstaat gilt. Ein erheblicher Teil der Kriminalität resultiert übrigens aus Auseinandersetzungen der Flüchtlingsgruppen untereinander.

In Karlsruhe gab es aus rechtsgerichteten Kreisen schon das Angebot einer Bürgerwehr etwa für die Kleingartenanlage. Müssen da nicht die Alarmglocken läuten?

Gall: Bislang haben die Bürger unseres Bundeslandes ein hohes Vertrauen in staatliche Institutionen. Das Gewaltmonopol liegt ganz klar beim Staat. Da sind wir auf solche Herrschaften, die ohnehin nur Probleme bereiten, nicht mal im Ansatz angewiesen.

Der Unmut in Karlsruhe nimmt auch deshalb zu, weil zwei Drittel der Erstaufnahmefälle in Nordbaden landen, es also an einer gerechten Verteilung fehlt.

Gall: Wir haben mit der Umorganisation der Erstaufnahme und einer Verzehnfachung der Plätze scheller reagiert als

JMN
20.08.2015



VON EINER KRISENSITUATION spricht Innenminister Reinhold Gall beim BNN-Besuch mit Blick auf die steigenden Flüchtlingszahlen. Asylbewerbern, die ihre Identität verschleiern, müssten nach seiner Meinung die staatlichen Leistungen gekürzt werden. Foto: Fabry

überproportional belastet, das muss sich jetzt ändern.

Wie?

Gall: Durch neue Liegenschaften in anderen Regierungsbezirken und mit Verfahrensänderungen. Es muss uns gelingen, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan ganz schnell durchs Verfahren zu schleusen und möglichst schnell auf die Kommunen zu verteilen. Umgekehrt sollten wir die Flüchtlinge aus den Balkanstaaten als Folge beschleunigter Verfahren direkt von den Erstaufnahmestellen in ihre Heimat zurückführen. Dann haben wir echt etwas gewonnen.

Also keine Verteilung von Flüchtlingen ohne Anerkennungschance auf die Kommunen?

Gall: Richtig, so weit es irgend geht. Es wird also kurzfristig keine Entlastung für die bestehenden Landesunterkünfte geben, sie müssen deshalb gerechter über das Land verteilt werden. Dabei müssen wir alle Immobilien in den Blick nehmen. Ich habe heftige Kritik für meine Äußerung bekommen, dass dann halt

mal in gewerkschaftlichen und kirchlichen Einrichtungen keine Seminare mehr stattfinden können. Ich finde wirklich, dass da nicht die Welt untergeht, wenn es mal ein halbes Jahr keine Work-Life-Balance-Seminare gibt.

Befürchten Sie, dass das Thema den Wahlkampf überlagert und politisch instrumentalisiert wird?

Delikte wie Diebstähle nehmen zu

Gall: Das kann ich nicht ausschließen, nur kämpfen wir quer durch Deutschland in allen Landesregierungen mit dem selben Problem. Egal ob SPD oder CDU. Wird dann danach geurteilt, wer am meisten abschiebt? Da lasse ich nur mal einfließen, wir schieben – nach Nordrhein-Westfalen und Bayern – die meisten Menschen ab. Wir machen mehr Rückführungen als die alte Landesregierung. Damit muss sich Grün-Rot nicht rühmen, aber faktisch ist es so. Obwohl wir immer mehr Probleme mit Menschen haben, die ihren Pass wegwerfen und ihre Identität verschweigen. Bei dieser Personengruppe müssen wir konsequent Leistungen kürzen. Wer nicht mitmacht, kriegt einfach nichts. Was bei der Sozialhilfe gilt, muss auch auf das Asylrecht angewendet werden.